



Dr. Hubert Gehring ist Leiter der Außenstelle Prag der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie des Verbindungsbüros der KAS in Bratislava.



Manuel Lischka ist Student der Politikwissenschaft und Englischen Philologie (M.A.) an der Universität Regensburg sowie Student der Deutsch-Tschechischen Studien (B.A.) an der Karls-Universität in Prag. Er arbeitet als Koordinator am Lehrstuhl für Deutsch-Tschechische Studien der Universität Regensburg und absolvierte von Juli bis September 2008 ein Praktikum an der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag.

ZWISCHEN INNEN-POLITISCHEN TURBULENZEN UND LISSABONNER VERTRAG – TSCHECHIEN VOR DER EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT 2009

Hubert Gehring / Manuel Lischka

Tschechien hat sich bei vielen Bürgern in Europa einen Namen gemacht: Die Goldene Stadt Prag ist Kulturerbe und Touristenmagnet, die Karlsuniversität eine der ältesten Bildungsstätten Europas, das tschechische Bier ein Exportschlager. Das politische Image des Landes wird jedoch zum jetzigen Zeitpunkt vor allem von einem Akteur geprägt: Vaclav Klaus, tschechischer Staatspräsident und „Euro-Realist“. Seine höchst EU-kritischen Töne sind dominant und europaweit zu vernehmen. So scheint die Prager Burg, sein offizieller Amtssitz, zumindest in dieser Hinsicht tatsächlich eine uneinnehmbare Festung der EU-Gegner zu sein.

Eine Reduzierung der innenpolitischen Diskussion Tschechiens auf die Sichtweise des Staatspräsidenten würde allerdings den schwierigen Umständen im Land nicht ausreichend Rechnung tragen. Mit der innenpolitischen Instabilität, der Angeschlagenheit des Premiers Mirek Topolánek (ODS), dem umstrittenen Reformprozess, der Radarfrage, dem Lissabonner Vertrag und vielen anderen Fragen ist Tschechien mit einer Vielzahl ineinander greifender Prozesse konfrontiert, welche das Land vor enorme Herausforderungen stellen.

Dazu kommt ab Januar 2009 eine weitere Aufgabe: Auf die französische Präsidentschaft folgend, übernimmt Tschechien

zum ersten Mal die Verantwortung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft. Vier Jahre nach ihrem EU-Beitritt 2004 kann die Moldau-Republik in der EU der 27 somit bereits Führungsqualitäten und Managementfähigkeiten beweisen.

Die Aufgabe ist keine leichte: Tschechien kämpft nicht nur innenpolitisch an vielen Fronten mit sich selbst, jetzt gesellen sich auch noch die europa- und weltweiten Fragen der Finanzkrise sowie die Agenda des neuen US-Präsidenten Barack Obama dazu. Der Lissabonner Vertrag ist dabei der entscheidende Schnittpunkt zwischen innen- und außenpolitischen Themenschwerpunkten. Ausgerechnet Tschechien mit der hochkomplizierten innenpolitischen Konstellation scheint das Zünglein an der Waage zu sein, an dem sich entscheidet, wie das Europäische Projekt in Zukunft aussehen wird.

BISHER STABILE KOMPONENTE WIRTSCHAFTS-BOOM VOR ABRUPTEM ENDE?

Den kritischen Tönen von der Prager Burg zum Trotz: Der EU-Beitritt war für die Tschechische Republik bisher in jeder Hinsicht ein Gewinn. Mit Hilfe von EU-Fonds wurde bereits während des Assoziierungsprozesses die Infrastruktur- und Regionalentwicklung vorangetrieben sowie schon vor dem Beitritt im Jahre 2004 eine erhebliche Steigerung des Handelsvolumens mit dem EU-Ausland verzeichnet. Exponentiell stiegen diese Zahlen dann nach dem Beitritt. Nicht nur Großunternehmen, sondern vor allem kleine und mittelständische Unternehmen profitieren von den Handelserleichterungen und dem Wegfall von Zollbeschränkungen. Mit dem Beitritt zum Schengen-Raum Anfang 2008 war die neue Freiheit dann auch bei der tschechischen Bevölkerung hautnah zu spüren.

Dabei ist die Tschechische Republik längst kein Niedriglohnland mehr, sondern Standort für Hochtechnologie. Nicht zuletzt die deutsch-tschechischen Handelsbeziehungen sind ein wichtiger Grund für den Wirtschaftsboom, den das Land seit Jahren erlebt: Allein im Jahr 2007 betrug der deutsch-tschechische Handelsaustausch rund 51 Mrd. Euro und damit mehr als der Wirtschaftsaustausch Deutschlands mit ganz Lateinamerika. Demjenigen mit Japan ist er vergleichbar. Somit gilt Deutschland als der größte und wichtigste Handelspartner Tschechiens.

Tschechiens Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2009 steht im Schatten großer innenpolitischer Probleme – unpopuläre Reformen, ein angeschlagener Regierungschef Topolánek und ein „eurorealistischer“ Staatschef Klaus, der ein aktives Europaengagement des Landes, das von seinem EU-Beitritt durchaus profitiert hat, torpediert. Ob Topolánek im Dezember als Vorsitzender der ODS bestätigt wird, ist ungewiss, wenngleich eine Schwächung des Premiers angesichts der für 2009 gesetzten Ziele wie der Öffnung des EU-Arbeitsmarkts von Nachteil wäre. Bedeutung kommt dem Ratifizierungsprozess zu, wobei der Verfassungsgerichtsentscheid eine Hürde ist, die Unterschrift des Staatsoberhauptes eine andere. Die tschechisch-europäischen Beziehungen sind schwierig, zumal auch die Bürger Tschechiens die Union, etwa durch ihre Skepsis gegenüber dem Euro, mit Vorbehalt sehen. Umso mehr liegt es an Europa, für seine Werte zu werben und der tschechischen Ratspräsidentschaft zum Erfolg zu verhelfen.

Wäre das ohne den EU-Beitritt möglich gewesen? Ist diese Entwicklung ohne ein klares Bekenntnis zur Euro-Einführung weiter aufrechtzuhalten? In- und ausländische Wirtschaftsexperten schütteln vehement den Kopf und auch die Deutsch-Tschechische Industrie- und Handelskammer (DTIHK) in Prag sieht durchaus noch weiteres Potenzial, denn die typischen „Industriekrankheiten“ wie Fachkräftemangel und Produktionsverlagerung gen Osten erlebt nun auch die Tschechische Republik. Experten prophezeien, dass sich diese Entwicklung in Zukunft durch die Ausläufer der internationalen Finanzkrise noch verstärken wird.

Wie nun damit umgehen? Für das Land ist die aktuelle Entwicklung nach knapp 15 Jahren Dauer-Wirtschaftsboom und

ständigen Rekordwachstumsraten mit Sicher-

Das Krisenmanagement Deutschlands und Frankreichs im Rahmen der Finanzkrise wurde von Staatspräsident Klaus vehement kritisiert. Er forderte eine Nichteinmischung des Staates und die Zurückbehaltung staatlicher Garantien – das Gegenteil zur Strategie Angela Merkels und Nicolas Sarkozys.

heit eine neue, ernüchternde Erfahrung. Das Krisenmanagement Deutschlands und Frankreichs im Rahmen der Finanzkrise wurde von Staatspräsident Klaus vehement kritisiert. Der

habilitierte, sich selbst als „Nationalökonom“ bezeichnende Klaus forderte eine Nichteinmischung des Staates und die Zurückbehaltung staatlicher Garantien – das Gegenteil zur Strategie Angela Merkels und Nicolas Sarkozys. Die

tschechische Regierung allerdings handelte anders als vom Präsidenten propagiert: Sie verabschiedete u.a. eine staatliche Garantie privater Geldeinlagen und äußerte sich auch ansonsten in ähnlicher Form, wie es ihre Amtskollegen in anderen EU-Staaten taten – sicherlich für Mirek Topolanek kein Pluspunkt beim Staatspräsidenten.

Der innerparteiliche Streit zwischen dem Premier und Vaclav Klaus erhält damit eine weitere Facette. Doch anders als der Staatspräsident muss sich der 52-jährige Topolanek in den „Niederungen“ der Politik bewegen und tatsächlich Probleme lösen. Worte reichen hierfür nicht. Wenigstens in wirtschaftlicher Hinsicht hat es Topolanek zumindest bis zum jetzigen Zeitpunkt verhältnismäßig leicht: Die Finanzkrise wird in Tschechien deutlich leiser diskutiert als in manch anderen Regionen. Es droht kein Staatsbankrott und Rezessionswarnungen haben sich bis dato auch nicht eingestellt. Dennoch: Will die Tschechische Republik auch weiterhin mit hervorragenden Wirtschaftszahlen glänzen, muss die Regierung dringend benötigte Reformen einleiten und sich schnellstmöglich zum Euro bekennen. Die Politik sollte sich bewusst werden, dass

der Standort Tschechische Republik nicht gegen die Ausläufer der Finanzkrise immun sein kann und dass eine wirtschaftliche „Grippe“ der größeren EU-Länder hierzulande sehr schnell zu einer „Lungenentzündung“ führen könnte.

JONGLEUR TOPOLANEK UND DER BALANCEAKT INNENPOLITIK

Wesentlich kritischer sieht es für die tschechische Regierung im Bereich der innenpolitischen Stabilität aus: Seit seinem Amtsantritt als Premier im Januar 2007 musste Topolaneck so manchen Spagat hinlegen, um die etlichen Risse in der Koalition und deren Umfeld zu verdecken – an ein Kitten war nicht zu denken. Nach den Bezirks- und Senatswahlen im Oktober 2008 stand der 52-jährige dann vor einem Scherbenhaufen: Hatte er zuvor Misstrauensvoten, Kritik an den Reformen (allen voran von Klaus und seinen Anhängern aus den eigenen Reihen innerhalb der ODS) sowie Korruptions- und Spitzelaffären mit Mühe überwinden können, traf die katastrophale Niederlage seiner Partei den Premier und Parteivorsitzenden Topolaneck mehr oder weniger aus heiterem Himmel. Der zuvor „unbesiegbare Mirek“, der seit seinem Antritt als Parteivorsitzender jede Wahl gewinnen konnte, verlor dieses Mal nicht nur – die Partei wurde demontiert. Von zwölf zuvor gehaltenen Hejtmanns-Posten (Hauptmänner der insgesamt 13 tschechischen Regierungsbezirke) blieb kein einziger übrig. Alle 13 Hejtmänner stellt die Sozialdemokratische Partei (CSSD). Die Sozialdemokraten gewannen in allen Bezirken, wobei in Prag nicht gewählt wurde. Auch die parallel abgehaltenen Senatswahlen brachten der ODS eine herbe Schlappe ein: Die zuvor mit den Christdemokraten (KDU-CSL) und einigen Unabhängigen gehaltene Mehrheit in der ersten Parlamentskammer ist ebenso stark geschrumpft.

Nach den Bezirks- und Senatswahlen im Oktober 2008 stand Topolaneck vor einem Scherbenhaufen: Hatte er zuvor Misstrauensvoten, Kritik an den Reformen sowie Korruptions- und Spitzelaffären mit Mühe überwinden können, traf die katastrophale Niederlage seiner Partei den Premier und Parteivorsitzenden aus heiterem Himmel.

Topolaneck suchte nach Ausflüchten und verwies darauf, dass Regionalwahlen eben kommunale Wahlen seien und keine Volksabstimmung über die Regierungsarbeit. So aber interpretierten die tschechischen Wähler den Urnengang und quittierten die unpopulären Reformschritte der Regierung vor allem im Bereich des Gesundheitswesens mit einer Abstrafung sowohl der ODS als auch der KDU-CSL und der Grünen. Die beiden letzteren müssen nach den neuesten Trends und den

Ergebnissen vom Oktober 2008 sogar fürchten, die Fünf-Prozent-Hürde nicht zu nehmen und somit den Einzug ins Parlament zu verpassen. Dies wiederum hätte enorme Auswirkungen auf das bisherige Fünf-Parteien-Spektrum der Tschechischen Republik: Fielen Grüne und Christdemokraten weg, bliebe für die ODS höchstens noch die Option der großen Koalition mit der CSSD – ein Pakt mit den Kommunisten ist für die Bürgerdemokraten schlichtweg undenkbar. Diese Option hält sich aber der sozialdemokratische Parteichef Jiri Paroubek offen, der nun – auf der Welle des Erfolges schwimmend – bereits in drei Regionalvertretungen eine Koalition mit den Kommunisten eingegangen ist. Damit hat er zugleich ein neues Kapitel in der Geschichte der Tschechischen Republik geschrieben: Zumindest bisher war eine aktive Koalitionsbeteiligung der unreformierten Kommunistischen Partei (KSCM) ein absolutes Tabu, selbst für die Sozialdemokraten.

Topolanek kämpft derweil auch an anderen Fronten: Parteiintern suchen Konkurrenten bereits nach einem Nachfolger für den Parteivorsitz und der Premier muss um seine Wiederwahl im Dezember 2008 hart kämpfen.

KLAUS VS. TOPOLANEK – GONG FÜR DIE NÄCHSTE RUNDE

Das Verhältnis zwischen dem jetzigen Premier und Parteivorsitzenden und dem amtierenden Staatspräsidenten ist angespannt. Doch das ist nichts Neues. Allerdings nimmt die Auseinandersetzung mehr und mehr abstruse Formen an und

Premier Topolanek hat eigentlich mit zwei Oppositionen zu kämpfen – einer berechenbaren im Abgeordnetenhaus und einer viel vehementeren auf der Prager Burg.

neu ankommende, ausländische Beobachter wundern sich zutiefst darüber, dass ein Premier Topolanek eigentlich mit zwei Oppositionen zu kämpfen hat – einer berechenbaren im Abgeordnetenhaus und einer viel vehementeren auf der Prager Burg. Mirek Topolanek springt beim

Blick aus seinem Amtssitz die eigene Situation buchstäblich direkt ins Auge, schwebt die Klaus'sche Burg doch fast „drohend“ direkt über der Prager Kleinseite, dem Sitz des Premierministers.

Sein persönliches „Damoklesschwert“ begleitet Mirek Topolanek bereits seit Beginn seiner Tätigkeiten in den Spitzengremien der von Vaclav Klaus gegründeten ODS. Der Übervater sah es nur ungern, dass seine Zeiten als Parteivorsitzender gezählt waren und ein Jüngerer das Ruder übernahm, zumal

ein Prager sich generell schwer tut, einem Mähren das Feld zu überlassen. Das genau aber war der Fall, als der damals 46-jährige Topolanek im Dezember 2002 den Parteivorsitz eben von Vaclav Klaus übernahm. Dieser wurde zwar umgehend zum Ehrenvorsitzenden ernannt, doch war klar, dass er nach seiner Spendenaffäre und dem Rücktritt als Premierminister im Jahre 1997, der mangelnden Aufklärung dieser Vorfälle und der Wahlniederlage 2002 aus der ersten Reihe der ODS treten musste. Eine Kränkung für den damals 61-jährigen Klaus, der in den neunziger Jahren stets im Schatten der „Havelmanie“ sein Dasein als Premier fristen musste und dem charismatischen und literarisch hoch gebildeten Präsidenten in der Beliebtheit beim Volk nicht das Wasser reichen konnte.

Eine Konstante zog sich allerdings von jeher durch das politische Leben des Vaclav Klaus – die Suche nach einem ebenbürtigen Gegenpart. In den späten neunziger Jahren bis ins Jahr 2003 waren seine Diskussionen mit dem

Eine Konstante zog sich von jeher durch das politische Leben des Vaclav Klaus – die Suche nach einem ebenbürtigen Gegenpart.

Sozialdemokraten Milos Zeman pragmatische Beispiele tschechischer politischer Kultur, meistens geprägt von politischem Verstand und thematischer Konstruktivität. Nach dessen Abtritt und auch dem Rückzug Vaclav Havels scheint Klaus unter dem Vakuum eines fehlenden Diskussionspartners zu leiden und sucht seither offen, provokativ und teils mit abwegigen Thesen die Konfrontation auf nationaler und internationaler Ebene. Parallelen zum Weber'schen Modell des charismatischen Führers werden sichtbar: Um nicht an Führungsqualitäten und Gefolgschaft einzubüßen, muss dieser stets für Gesprächsstoff sorgen und den Mittelpunkt seiner Person sicherstellen. Trifft das auch auf Vaclav Klaus zu?

Mirek Topolanek ging dagegen einen ruhigeren Weg in die Politik: Nach der Wende zunächst in der Region Ostrava politisch aktiv, saß er von 1996 bis 2004 im tschechischen Senat, wo er ab 1998 als Vorsitzender der ODS-Fraktion und 2002 als Vizevorsitzender des Senats in das politische Rampenlicht rückte. Der pragmatische, realpolitische Stil stellte dann schnell einen Kontrast zur den eher dogmatisch angehauchten Klaus-Standpunkten dar. Genau hier zeigt sich auch die Konfliktlinie im Verhältnis Topolanek – Klaus.

Der neu gewählte Parteivorsitzende hatte es fortan nicht leicht: Allzu oft kam äußerst herbe Kritik aus dem eigenen Lager und allzu oft wurde er gerade in der Öffentlichkeit aus

Heute ist die Kluft zwischen den beiden Flügeln offener denn je: Topolánek ist angeschlagen und Vaclav Klaus wittert eine Chance, wieder mehr Einfluss in der Partei zu gewinnen.

dem Klaus-Flügel hart torpediert. Heute ist die Kluft zwischen den beiden Flügeln offener denn je: Topolánek ist angeschlagen und Vaclav Klaus wittert eine Chance, wieder mehr Einfluss in der Partei zu gewinnen – dieses Mal nicht nur als „Urvater“ derselben, sondern auch über die offiziellen Posten seiner Parteifreunde.

PAVEL BEM – AUS DEM PRAGER RATHAUS ZUM ODS-PARTEIVORSITZ?

Nutznießer dieser Situation könnte Pavel Bem sein. Der als Klaus-Ziehsohn bekannte Prager ist seit Ende 2002 Bürgermeister seiner Heimatstadt und machte sich fortan daran, sein Image zu pflegen. Öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die von allen tschechischen Medien intensiv verfolgte Besteigung des Mount Everest im Mai 2007, für die Bem seine Amtsgeschäfte über etliche Wochen ruhen ließ, machten den 45-jährigen Psychiater zum beliebtesten aktuellen Politiker der Tschechischen Republik – ein heftiger Kontrast zu Mirek Topolánek, der nicht nur aufgrund der unpopulären, aber notwendigen Reformpolitik, sondern auch wegen seiner teils sehr aufbrausenden Art in den Beliebtheitsskalen zumeist erheblich weiter unten angesiedelt ist. Versuche, den beliebten Prager Bürgermeister aus der ruhigen Arbeit auf kommunaler Ebene in die raue Wirklichkeit der nationalen und internationalen politischen Verantwortung zu locken, scheiterten bisher. Bem schlug stets Topoláneks Angebote, an der Regierungsarbeit teilzunehmen, aus. Ein schlauer Zug, konnte er doch in der Folgezeit nicht nur sein eigenes Image weiter pflegen, sondern auch in Ruhe zusehen, wie der Konkurrent von einem Problem ins andere rutschte und dabei Niederlage auf Niederlage einstecken musste.

Eine mögliche Folge hatte Bem allerdings nicht ins Kalkül gezogen: Die Topolánek bis dato oft angekreidete „Sturheit“ wird nun auf einmal positiv als „Kämpfermentalität“ interpretiert, ihm werden Führungsqualitäten attestiert. Führungskraft kann der eher blasse Pavel Bem, der bisher zu keinerlei Fragen der Programmatik der Partei Stellung bezogen hat, nicht vorweisen. Mitte Oktober 2008 noch schien der erwähnte „Scherbenhaufen“ der ODS nach den Senats- und Regionalwahlen das logische Ende des Mirek Topolánek einzuläuten: Die abgewählten Hejtmänner übten aktiv Druck auf den Parteivorsitzenden aus, die parteiinterne Opposition

wetzte die Messer. Doch nur wenige Wochen später zeigt sich der mährische Parteivorsitzende überraschend stabil und die zuvor sicher geglaubte Amtsübernahme in der ODS durch Pavel Bem ist alles andere als garantiert.

ODS-PARTEITAG IM DEZEMBER 2008 ALS RICHTUNGSENTSCHEID

Dennoch: Ein Wechsel an der Spitze der Partei ist nicht ausgeschlossen. Was aber ist dann zu erwarten? Welche Politik würde eine von einem Klaus-Ziehsohn geführte ODS national, aber vor allem auch europaweit und international betreiben? Wie ginge es mit der Regierung nach einer Abwahl Topolaneks weiter? Würde er auch den Posten des Premiers so kurz vor Beginn der Ratspräsidentschaft räumen?

Die Dimension der Richtungsentscheidung Topolanek-Bem sollte nicht unterschätzt werden – weder für die kurzfristigen Fragen der tschechischen Ratspräsidentschaft und des Lissabonner Vertrages noch für die langfristige Entwicklung des Parteiensektors und der tschechischen Europapolitik. Bem ist bisher ein unbeschriebenes Blatt, jedoch ist eines klar: Er steht für die Linie des Vaclav Klaus. Und dieser hat den 45-jährigen Prager in jeder Hinsicht unterstützt und gefördert. Es wäre höchst überraschend, würde der potenzielle neue ODS-Chef und mögliche zukünftige Spitzenkandidat für die Wahlen 2010 eine gänzlich andere Politik vertreten als der ODS-Ehrenvorsitzende. Dieser wiederum ist noch knappe viereinhalb Jahre Staatspräsident und würde mit einem in der Politik institutionalisierten Pavel Bem über ein mehr als kräftiges Sprachrohr für seine u.a. europakritischen Standpunkte verfügen.

Die Dimension der Richtungsentscheidung Topolanek-Bem sollte nicht unterschätzt werden – weder für die kurzfristigen Fragen der tschechischen Ratspräsidentschaft und des Lissabonner Vertrages noch für die langfristige Entwicklung des Parteiensektors und der tschechischen Europapolitik.

Kein Wunder also, dass der Dezember-Parteitag als fundamentale Entscheidung zwischen den beiden ODS-Flügeln gesehen wird, die auch für die jetzigen Koalitionspartner der Partei von erheblicher Bedeutung ist: Pavel Bem nämlich koalitiert in Prag mit den Sozialdemokraten und sein Verhältnis zum Parteichef der CSSD, Jiri Paroubek, ist nicht von allzu großer Distanz und Rivalität geprägt. Vielmehr kennen sich beide aus ihrer gemeinsamen Zeit im Prager Rathaus. Genau dieser Abschnitt in der politischen Karriere des Pavel Bem bildet eine Art dunklen Fleck auf der weißen Weste: Gerüchte

und Vermutungen machen die Runde, der 45-jährige hätte mehr als nur ein Mal die Gunst der großen Koalition genutzt, um sich zu bereichern. Bem antwortet auf entsprechende Anfragen zumeist, er erwarte von seinen Mitarbeitern Loyalität und gehe nicht davon aus, dass relevante Dokumente jemals die Öffentlichkeit erreichen. Ein Unschuldspädoyer sieht anders aus.

Die persönliche Nähe Bems zu Paroubek muss auch für Christdemokraten und Grüne ein Alarmzeichen sein: Sollte ein möglicher ODS-Parteivorsitzender Pavel Bem die große Koalition mit der CSSD bevorzugen, könnte das politische Ende der beiden kleinsten tschechischen Parlamentsparteien näher kommen.

Beobachter gehen davon aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine große Koalition der Todesstoß für jegliche Projekte im Bereich Korruptionsbekämpfung und Verwaltungsreform bedeuten würde.

Darüber hinaus gehen Beobachter davon aus, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine große Koalition der Todesstoß für jegliche Projekte im Bereich Korruptionsbekämpfung und Verwaltungsreform bedeuten würde. Nicht umsonst gilt die Zeit des ominösen „Koalitionsvertrages“

aus dem Jahre 1998 zwischen den damals in Minderheit regierenden Sozialdemokraten und der oppositionellen ODS als dunkles Kapitel tschechischer Korruptionsgeschichte. Den berühmten Burgfrieden zwischen Opposition und Regierung unterzeichneten damals der Sozialdemokrat Milos Zeman und auf bürgerdemokratischer Seite der damalige Parteivorsitzende – Vaclav Klaus.

Topolaneck dagegen hat sich seinen Namen als impulsiver, aber durchaus pragmatischer Politiker gemacht. International ist er geschätzt, sein gutes Verhältnis u.a. zu Angela Merkel ist bekannt. Seine innenpolitische Entwicklung könnte nahezu als tragisch bezeichnet werden, hätte er selbst nicht das ein oder andere Mal etwas zu heftig auf Nachfragen oder Kritik reagiert: Zuvor von Erfolg zu Erfolg geritten, musste er sich plötzlich mit heftigen Problemen in der Koalition und der Regierungsarbeit konfrontiert sehen: Die Korruptionsaffäre des christdemokratischen Parteichefs und Regionalministers Cunek, die hauchdünne Parlamentsmehrheit von nur wenigen Mandaten (zustande gekommen durch Abweichler aus der sozialdemokratischen Fraktion und entsprechend mit Korruptionsvorwürfen kommentiert) oder auch die ODS-interne Bespitzelungsaffäre um den Abgeordneten Jan Morava brachten die Koalition mehrfach gefährlich ins Wanken (siehe politische

Berichte der KAS-Außenstelle unter www.kas.de/prag). Dazu gesellten sich die erwähnten Niederlagen bei den Regional- und Senatswahlen im Oktober sowie Rückschläge bei der Durchsetzung des ambitionierten Reformpaketes im Parlament und bei Staatspräsident Vaclav Klaus, der mehrfach mit dem Gebrauch des Vetos bei der Unterzeichnung von Gesetzesvorlagen drohte. Doch aus all dem scheint Topolanek momentan zumindest gestärkter hervorzugehen und sein bereits vorausgesagter politischer Abgang wird sich wohl noch etwas hinziehen.

Die Wahl zwischen Bem und Topolanek Anfang Dezember 2008 ist offen und die Geschichte der ODS-Parteitage zeigt, dass oft auch dritte, zuvor ungesehene Kandidaten plötzlich reelle Chancen auf der großen Bühne haben können. Eines jedoch ist klar: Sollte Topolanek abgewählt werden, wäre seine Position als Premierminister erheblich geschwächt – zumal ihm ein Klaus-Anhänger in der höchsten Parteiposition das Leben angesichts bevorstehender, tief greifender Europafragen nicht erleichtern würde. Bem allerdings würde sich selbst schaden, denn ein geschwächter Premier würde eine geschwächte Regierung, eine geschwächte ODS bedeuten. Kann das in seinem Interesse sein, gerade angesichts der Angeschlagenheit der Partei? Kann sich die ODS einen schwachen Premier Topolanek während der EU-Ratspräsidentschaft leisten?

Eines ist klar: Sollte Topolanek abgewählt werden, wäre seine Position als Premierminister erheblich geschwächt – zumal ihm ein Klaus-Anhänger in der höchsten Parteiposition das Leben angesichts bevorstehender, tiefgreifender Europafragen nicht erleichtern würde.

EU-VORSITZ OHNE MIREK TOPOLANEK?

Topolanek wiederum könnte genau diese Trumpfkarte spielen: Die ODS braucht die Bühne Ratspräsidentschaft, um Kraft zu tanken. Ein Schiffbruch während der Präsidentschaft würde den vollen Segeln der tschechischen Sozialdemokratie noch zusätzlichen Rückenwind geben. Eine Ratspräsidentschaft mit einem schwachen Topolanek oder gar ohne den langjährigen Parteivorsitzenden wäre angesichts der langwierigen Vorbereitungen und der intensiv geknüpften Kontakte gleichbedeutend mit einem manövrierunfähigen Kahn vor einem Riff. Droht Topolanek also mit seinem Rücktritt als Premier, sollte er den Parteivorsitz verlieren? Verlässt er sich darauf, dass eine Ratspräsidentschaft innerhalb von nicht einmal vier Wochen, geprägt von Weihnachtsfeiertagen und Neujahr, nicht von anderen übernommen werden kann? Spekuliert er

darauf, dass sein Rücktritt als Premier das Ende der ODS-geführten Regierung und womöglich katastrophale Neuwahlen für die Partei zur Folge hätte? Verlässt er sich darauf, dass jeder ODS-Delegierte genau weiß, dass diese Bühne keinesfalls den Sozialdemokraten überlassen werden darf? Setzt er darauf, dass selbst Jiri Paroubek kein Interesse hat, „spontan“ die Ratspräsidentschaft zu übernehmen? Schließlich weiß dieser zu genau, dass die gesamte ministeriale Arbeitsebene sofort abtritt, sollte es zu einem Regierungswechsel kommen, wodurch das organisatorische Chaos vorprogrammiert wäre.

Topolanek kann sich zumindest sicher sein, dass seine Position bei Weitem nicht so aussichtslos ist, wie sie es noch vor wenigen Wochen im Oktober war. Seine Gestaltungsmöglichkeiten als Parteivorsitzender und Premier nutzt er bereits wieder aktiv und sucht den Kontakt zu den Delegierten und den zum Parteitag relevanten Gremien, um alles daran zu setzen, seinem Image als Kämpfer gerecht zu werden und gemachte Fehler nicht zu wiederholen: Anders als noch 2006 bei den Versuchen der Regierungsbildung, wird Topolanek in Zukunft mit Sicherheit daran denken, die tschechischen Regionen in den Parteigremien und Regierungsposten paritätisch entsprechend zu berücksichtigen und auch politische Rivalen näher an sich und an die politische Verantwortung heranzuholen. Nicht umsonst wird spekuliert, es werde nach dem Dezember-Parteitag zu Umbesetzungen im Kabinett kommen.

Es scheint wahrscheinlich, dass die EU-Ratspräsidentschaft doch unter Mirek Topolaneks Führung abgehalten wird.

In Anbetracht aller Entwicklungen scheint es wahrscheinlich, dass die EU-Ratspräsidentschaft doch unter Mirek Topolaneks Führung abgehalten wird, auch wenn seine eigene Position durch die ODS-internen Querelen stark beeinflusst werden könnte. Und unabhängig von diesen inneren Reibereien hat der Premier zwei weitere Aufgaben vor sich: Eben die EU-Ratspräsidentschaft mit all ihren Facetten und vor allem die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages – zwei gegenüber den ODS-internen Fragen ungleich schwerer wiegende Herausforderungen für den 52-jährigen.

HISTORISCHE PREMIERE IN PRAG: DIE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Die Tschechische Republik hat bekanntermaßen eine lange Europäische Tradition: Bereits vor mehr als 500 Jahren for-

derte ein böhmischer König die Gründung einer multilateralen Union in Europa – Georg von Podiebrad, Böhmens berühmter demokratisch gewählter Monarch. Der bekennende Europäer forderte in seinem 21 Artikel umfassenden Föderationsplan aus dem Jahre 1462 u. a. die Errichtung zentraler legislativer Organe, die anteilig nach Mitgliedsländern des Staatenbundes besetzt werden sollten, sowie eine einheitliche Währung. Darüber hinaus sollte eine supranationale Rechtssprechungsinstanz installiert werden, um eine einheitliche Gesetzgebung bzw. -interpretation innerhalb des Bündnisses zu erreichen. Georg von Podiebrad verfolgte die Abtretung nationalstaatlicher Rechte (im mittelalterlichen Sinne) zum Wohle des europäischen Staatenbundes, nicht zuletzt aus sicherheitspolitischen Motiven. Ein Tscheche also gar als Erfinder der EU?

Heute steht die Tschechische Republik nach dem Beitritt 2004 vor einer historischen Aufgabe: Am 1. Januar 2009 wird das Land die EU-Ratspräsidentschaft vom bisherigen Amtsinhaber Frankreich übernehmen. So wird der Europäische Gedanke einer europäischen Föderation in jenes Land zurückkehren, in welchem er schon vor über einem halben Jahrtausend gefordert wurde.

TSCHECHIENS FORDERUNG: EUROPA OHNE BARRIEREN

Für die anstehende Ratspräsidentschaft hat sich Tschechien viel vorgenommen: Die Regierung und Staatspräsident Václav Klaus wollen den europäischen „Reglementierungswahn“ bremsen, denn zu übertrieben und wachstumshemmend erscheinen den hiesigen Politikern die Prozesse in der EU. Ein barrierefreies Europa ist laut tschechischer Interpretation ohne die Liberalisierung der Märkte nicht zu realisieren.

Der größte Dorn im Auge der Tschechen ist die weiterhin limitierte Freizügigkeit des Arbeitsmarktes für die Neumitglieder der EU. Hier jedoch sind Konflikte vorprogrammiert. Die Bundesrepublik Deutschland und noch einige andere „alte“ EU-Mitgliedstaaten versuchen durch die im Beitrittsvertrag 2004 vereinbarten Übergangsregelungen ihren Arbeitsmarkt mit Hilfe einer siebenjährigen Übergangsfrist zu schützen. Die Tschechische Republik und weitere Staaten, welche im Zuge der EU-Osterweiterung 2004 in die Union aufgenommen wurden, fühlen sich aufgrund der Beschränkung von den

genannten Mitgliedstaaten „diskriminiert“. Die große Koalition in Berlin hat zwar in diesem Jahr beschlossen, dass ab dem 1. Januar 2009 auch Akademiker aus den neuen Beitrittsländern ihrem Beruf in Deutschland uneingeschränkt nachgehen dürfen, die tschechische Regierung besteht jedoch auf der vollständigen Umsetzung der vier Grundfreiheiten. Die deutsche Befürchtung einer möglichen Ausländerschwemme auf dem eigenen Arbeitsmarkt ist verständlich und übervorsichtig zugleich. Im Fall der Tschechischen Republik ist eine derartige Flut von Arbeitnehmern laut Experten nicht zu erwarten.

Gute Argumente, weshalb tschechische Arbeitnehmer auf den deutschen Arbeitsmarkt stürmen sollten, sind nur spärlich vorhanden, zumal sich die Lebensstandards beider Länder in den letzten Jahren immer mehr angenähert haben. Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass die Klauseln nicht allein für die Tschechische Republik gelten, sondern für alle anderen Neumitglieder in Mittel- und Osteuropa ebenso. Indes, auch Tschechien hat Übergangsbestimmungen gegenüber den anderen EU-Mitgliedern in die Beitrittsverträge aufgenommen und Klauseln zum Beispiel in den Bereichen Umwelt und Grunderwerb durchgesetzt.

UNAUSGESPROCHENE TSCHECHISCHE FORDERUNG: DISKUSSION AUF AUGENHÖHE

Experten sind der Ansicht, dass die Forderung nach der Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes für die Tschechen eher von symbolischem Charakter zu sein scheint. Viel bedeutender ist für die Regierung in Prag, als gleichwertiger Partner in der Europäischen Union akzeptiert zu werden.

Ohnehin sind viele Experten der Ansicht, dass die Forderung nach der Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes für die Tschechen eher von symbolischem Charakter zu sein scheint. Viel bedeutender als die sofortige Bewilligung der Freizügigkeit ist für die Regierung in Prag, als gleichwertiger Partner in der Europäischen Union akzeptiert zu werden. Die

Tschechische Republik will weg vom teilweise auch selbst verordneten „Kleinstaatimage“, um sich im Kreis der großen und alten EU-Staaten etablieren zu können. Insofern kann das Verhalten Tschechiens auch als Ruf nach mehr Demokratisierungs- bzw. Reformprozessen der Union von innen interpretiert werden statt als Revolte eines neuen Mitgliedslandes. Nach Aussagen von tschechischen Experten ist es lediglich ein Mittel zum Zweck, um mit den „Alten“ auf Augenhöhe diskutieren zu können und sich Gehör für die eigenen Probleme zu verschaffen. Außerdem würden nicht nur die Tschechen so

denken, sondern viele der noch jungen Mitgliedstaaten in Ostmittel- und Südosteuropa.

In der Tat fühlen sich jene Länder nicht selten durch die ständig neuen Vorschriften aus Brüssel erheblich überfordert. Verständnis dafür, welche Hürden in den postkommunistischen Ländern während der letzten zwei Jahrzehnte überwunden worden sind, besteht zwar in Europa. Dennoch sind oft Stimmen in Tschechien zu hören, die von „permanentem Druck“ seitens der Union sprechen. Zeit, sich die Reformprojekte in der EU genauer anzusehen, sei kaum vorhanden. Oftmals kämpfen die Neu-Mitglieder Europas im Inneren mit Problemen der politischen Kultur, Korruption, Institutionenstabilität und Politikprofessionalität. Die jungen Demokratien brauchen in vielerlei Hinsicht mehr Kapazitäten, um die tief greifenden Änderungen in ihrem Land und in Europa vorzubereiten und zu verarbeiten, zumal einige dieser Länder strukturelle Entwicklungsprozesse noch nicht vollständig abgeschlossen haben und deshalb die Vorteile mancher Reglementierungen der Bevölkerung schwer zu vermitteln sind. EU-skeptische Stimmen erhalten in einer solchen Situation umso leichter Zulauf.

DER LISSABON-VERTRAG – FÜR TSCHECHIEN KEIN EINFACHER SCHRITT

Das tschechische „Spannungssyndrom“ beim Thema Europa lässt sich am Ratifizierungsprozess des Lissabonner Vertrages am deutlichsten erkennen: Die Politik kämpft mit sich selbst, die Bevölkerung ist desinteressiert bzw. uninformiert und tendiert eher zur Ablehnung, Staatspräsident Klaus nutzt jede Chance, um seiner Abneigung Luft zu verschaffen, und eine Vielzahl an tschechischen NGO's, Think-Tanks und publizistischen Initiativen zeigen sich hyperaktiv, wenn es um die Darstellung aller Nachteile des Reformprojektes Lissabon für Tschechien geht. Parallelen zu Irland sind nicht zufällig, zeigte sich doch der irische Waffenhändler und Millionär Declan Ganley zuletzt immer häufiger in der Goldenen Stadt Prag. Kein Zufall ist auch der dreitägige „private“ Besuch des Präsidenten Klaus in Irland Anfang November 2008. Im Zuge solcher Besuche kommt es immer wieder zu gegenseitigen Mutzusprechungen und teils absurden Ereignissen: So verlieh der tschechische Senatspräsident Premysl Sobotka (ODS) im Festsaal des tschechischen Senats eine Medaille an das irische Volk – für dessen „Heldentat, Nein zu sagen“. Der nach

der Verfassung zweithöchste Mann Tschechiens betonte dabei immer wieder, dass auch die Tschechen zu 53 Prozent den Lissabonner Vertrag ablehnen würden.

Neben Vaclav Klaus kämpft der Euro-Pragmatiker Topolanek also noch mit weiterem, teils heftigem Gegenwind aus den eigenen Reihen – eine perplex Situation, bedenkt man, dass die Stammwähler der ODS stark pro-europäisch orientiert sind. Die Vergleiche in der tschechischen Diskussion nehmen dabei teils groteske Züge an: „Die EU ist in mancher Hinsicht gar strenger als kommunistische Regime, da in einem solchen, wie zum Beispiel dem Warschauer Pakt, keine supranationale Gesetzgebung stattfand und die Beziehungen sich auf Basis internationaler Verträge regulierten“, teilt der ODS-Europaabgeordnete Hynek Fajmon mit. Neben solchen Ansichten und der permanenten Kommentierung europäischer Vorgänge durch Staatspräsident Vaclav Klaus existieren aber durchaus auch pro-europäische oder gar pro-Lissabon Standpunkte. Zumeist finden sich diese in den Reihen der Sozialdemokraten, der Grünen und der Christdemokraten, wobei letztere beiden sich vielleicht mit Rücksicht auf die innere Zerrissenheit des großen Koalitionspartners ODS mit allzu lauten Aussagen eher zurückhalten.

Wie flach manche Diskussionsweise auch ausfallen mag, die Skepsis der Tschechen sollte nicht vorschnell verurteilt werden. Das Verhältnis der Tschechischen Republik und ihrer

Nachbarn wird seit Jahrhunderten auch durch Spannungen charakterisiert. Die Angst vor einer staatlichen Bevormundung ist ein historisch gewachsener Prozess, der tief in der Mentalität weiter Teile der tschechischen Bevölkerung verankert ist. Umso bedeutender ist es daher heute, noch mehr den Dialog mit dem

tschechischen Partner zu suchen, um ihm zu beweisen, dass weder Deutschland noch Europa an einer künftigen „Bevormundung“ der Tschechischen Republik interessiert sind. Das Land weiß oftmals selbst nicht, ob es sich als das größte der kleinen Länder oder als das kleinste der großen Länder in der EU definieren soll. In Wahrheit ist es einer der vielen mittelgroßen Staaten in der EU und damit nicht das in Tschechien vielzitierte „nur kleine Land“. Tschechien ist ein gleichberechtigter Partner, der durchaus selbstbewusst in der Lage sein sollte, politische Forderungen durchzusetzen. Man muss es nur wollen.

Die Angst vor einer staatlichen Bevormundung ist ein historisch gewachsener Prozess, der tief in der Mentalität weiter Teile der tschechischen Bevölkerung verankert ist.

WIE GEHT ES MIT DEM RATIFIZIERUNGSPROZESS IN TSSCHECHIEN WEITER?

Innenpolitisch hat man in dieser Frage vielfach noch eine andere Sicht: Die EU und die großen Mitgliedstaaten, allen voran die Bundesrepublik, seien übermächtig, dem kleinen Tschechien bliebe keine andere Wahl als mitzumachen. Klaus selbst nennt dafür gerade die Ratspräsidentschaft als bestes Beispiel: „Man solle doch diese Präsidentschaft nicht überbewerten. Tschechien hat keinen Einfluss – anders als im Falle eines deutschen oder jetzt gerade französischen Vorsitzes. Das Ganze ist doch nichts anderes als eine Art Schaulaufen, bei dem sich alle Beteiligten freuen, dass sie nicht nur ein Mal im Monat, sondern vielleicht sogar fünf oder sechs Mal in vier Wochen nach Brüssel fliegen können“, so der Staatspräsident in einem neuerlichen TV-Interview.

Obwohl man sich aufgrund zahlreicher wunderschöner und historisch bedeutender Veranstaltungsorte zumindest in organisatorischer Hinsicht in Tschechien wenig Sorgen um den Ablauf der Ratspräsidentschaft macht, blicken die EU-Verantwortlichen im Vorfeld mit einiger Skepsis eben gerade auf die politische Situation im eigenen Land und die europakritischen Aussagen des im Februar diesen Jahres im Amt bestätigten Vaclav Klaus. Denn dessen Haltung könnte entscheidend für den Fortbestand des Lissabon-Projektes sein. Zwar muss vorerst die Entscheidung des Verfassungsgerichts in Brno abgewartet werden, das im Auftrag der ODS-Senatoren die Vereinbarkeit des EU-Grundlagenvertrages mit der tschechischen Verfassung prüft. Erst nach der Entscheidung aus der mährischen Regional-Hauptstadt (zu erwarten am 25. November 2008) kann das Parlament den Ratifizierungsprozess weiterführen und entscheiden, ob eine Verfassungsänderung notwendig ist oder gar ein *opt-out* in problematischen Bereichen, wie z.B. der Menschenrechtscharta, anvisiert wird.

Doch ein Blick in die tschechische Verfassung bringt bereits die nächste Hürde im Ratifizierungsprozess zum Vorschein: „Der Präsident ratifiziert internationale Verträge“, heißt es in Artikel 63. Wie sehr zum jetzigen Zeitpunkt der Ratifizierungsprozess noch von der Entscheidung des Verfassungsgerichts und der daran anknüpfenden Fragen der Abstimmung im Parlament abhängt (Parlament und Senat müssen mit einer Verfassungsmehr-

Wie sehr der Ratifizierungsprozess noch von der Entscheidung des Verfassungsgerichts und der Fragen der Abstimmung im Parlament abhängt, entscheidend wird sein, ob Staatspräsident Klaus seine Unterschrift unter das Dokument setzt.

heit von 60 Prozent zustimmen), entscheidend wird sein, ob Staatspräsident Klaus anschließend seine Unterschrift unter das Dokument setzt. Und eben diese ist mehr als fraglich, ließ doch der selbsternannte „EU-Dissident“ den betroffenen Punkt bisher zumeist mit einem Schmunzeln offen. Ob die Haltung des tschechischen Präsidenten aber lediglich als politisches Säbelrasseln zu deuten ist oder ob dieser die Ratifizierung durch eine eventuelle Weigerung, den Vertrag zu unterschreiben, tatsächlich in die Länge ziehen will, bleibt abzuwarten.

Klaus jedenfalls bleibt der Havel'schen Tradition eines allgegenwärtigen Staatspräsidenten treu. Dabei berücksichtigt er die Konsequenzen seines Handelns auf Verfassungsrealität und politische Kultur nur wenig. So muss sein Vorhaben, am Tag der Veröffentlichung der Ergebnisse der Verfassungsprüfung in Brno persönlich „als Bürger der Tschechischen Republik“ die Stellungnahme der Richter kommentieren zu wollen, zumindest mit Blick auf die Institutionenstabilität und Gewaltenteilung als höchst ungewöhnlich angesehen werden. Für die Tschechen jedoch ist das keineswegs neu, waren doch tschechische Präsidenten traditionell in ihrer Amtsführung eher starke Persönlichkeiten. Interessant im Fall Klaus erscheint allerdings die Tatsache, dass er zum jetzigen Zeitpunkt scheinbar gegen alles ist: Lissabon, Ratspräsidentschaft, Fakten und Szenarien zur globalen Erwärmung, Reformen, Topolanek. Einzig in der Frage der Installation der US-Radaranlage gab sich der Staatspräsident bisher überraschend zurückhaltend. So zeigt sich Klaus generell bei Fragen, die auch für Russland von Interesse sind, ungewohnt umgänglich – und das, obwohl die Stammwählerschaft der ODS kaum als russlandfreundlich zu bezeichnen ist.

Allzu oft nimmt die Klaus'sche Haltung nach Aussagen von Kritikern inzwischen narzisstische Züge an. So weigerte sich der 67-jährige bisher strikt, während der Ratspräsidentschaft die blaue EU-Fahne auf „seiner“ Burg hissen zu lassen, nur um, wie zuletzt auf Nachfrage, hervorzuheben, dass es ihm eigentlich egal sei, ob „irgendeine Fahne“ da oben wehe oder nicht. Unabhängig von der Frage, ob er den Ratifizierungsprozess durch eine Verweigerung seiner Unterschrift blockieren würde oder nicht, ist mit weiteren Störfeuern von Seiten des Staatspräsidenten zu rechnen: Sollten ihm in den kommenden Jahren seiner Amtszeit Gesetzesvorlagen zur Unterschrift gereicht werden, die die Umsetzung von EU-Regula-

rien in tschechisches Recht betreffen, ist davon auszugehen, dass Vaclav Klaus hier und da nicht unterschreiben wird, um zumindest eine Aufschiebung der Gesetzgebungsprozesse zu erreichen.

All dieser hohen Wellen zum Trotz betont Tschechiens Europaminister Alexandr Vondra (ODS) indes die historische Chance des Vertrags und rät nachhaltig zur „Vernunfttehe“ mit der Europäischen Union. Vondra, unter Havel Botschafter in Washington, ist als „nativer Transatlantiker“ verantwortlich für die Umsetzung der Ratspräsidentschaft und die Information der tschechischen Bevölkerung zu europäischen Fragen – ein angesichts der vielen Gegenstimmen schwieriges Unterfangen für einen Politiker der ODS.

Die kürzlich durchgeführten Senatswahlen haben die Mehrheiten in der ersten Parlamentskammer zu Gunsten der pro-europäischen Sozialdemokraten verschoben. Daher erscheint eine Mehrheit für den Lissabonner Vertrag im Parlament und Senat durchaus möglich. Dennoch gilt eine Ratifizierung des Reformvertrages als keineswegs sicher, zumal Premier Topolánek verlautbaren ließ, dass mit einem Abschluss der Ratifizierung keinesfalls vor Beginn der Ratspräsidentschaft am 1. Januar 2009 zu rechnen sei. Ob während des tschechischen Ratsvorsitzes der Prozess überhaupt weitergeführt wird, ließ er offen: Zu genau weiß er, was ein „Nein“ aus Tschechien ausgerechnet während der Ratspräsidentschaft bedeuten würde. All diese Entwicklungen hängen wie eine dunkle Wolke über dem nächsten halben Jahr tschechischer EU-Verantwortung und lassen auch Europa vor dem Szenario erstarren, mit einem „Nein“ aus Prag ein zweites Fiasko zu erleben, ganz unabhängig davon, dass Topolánek mit den Resten der französischen Agenda, der zu erwartenden Hyperaktivität Barack Obamas ab Januar und den nicht abzuschätzenden weiteren Ausläufern der Finanzkrise eine bereits mehr als schwierige Aufgabenfülle abzuarbeiten hat.

AUF DER SUCHE NACH PARTNERN IN EUROPA

Für das Kabinett von Mirek Topolánek wäre ein einigermaßen erfolgreicher Verlauf der Ratspräsidentschaft ein willkommenes Versöhnungsangebot an Europa. Man braucht schließlich Partner, um den tschechischen Interessen in der EU Nachdruck zu verleihen. Oftmals ori-

Man braucht Partner, um den tschechischen Interessen in der EU Nachdruck zu verleihen. Oftmals orientierte sich die tschechische Regierung in der Vergangenheit an wenig verlässlichen Partnern.

enterte sich die tschechische Regierung in der Vergangenheit an wenig verlässlichen Partnern. Zuletzt war dies im Falle der polnischen Regierung unter Lech Kaczynski zu beobachten. Obwohl dieser stets als loyaler Partner der Tschechen auftrat und entschieden gegen die Ratifizierung des EU-Reformvertrags wettete, änderte sich seine Haltung schlagartig, als der französische Präsident während eines Staatsbesuches in Warschau den Bau eines Motorenwerkes auf polnischem Boden in Aussicht stellte. Nur eine Woche später besuchte Kaczynski den tschechischen Präsidenten in Prag, um ihn von den Vorteilen der Ratifizierung zu überzeugen. Zwar blieb Vaclav Klaus seiner kritischen Linie treu, doch holte an jenem sonnigen Julitag 2008 der politische Realismus den tschechischen Staatspräsidenten ein: Nationalstaatliche Interessen sind eben weitaus beständiger als politische Haltungen einzelner Personen.

Eine ähnliche Entwicklung prognostizieren Skeptiker der tschechisch-amerikanischen Partnerschaft. Seit der Unabhängigkeit orientierte sich die Tschechische Republik immer stärker an Washington, was nicht zuletzt durch den bilateralen Vertrag zur Errichtung eines amerikanischen Radarschildes in Mittelböhmen einen Höhepunkt erreichte. Zweifellos war die Unterzeichnung für alle NATO-Mitgliedstaaten ein wichtiger Schritt, um die sicherheitspolitischen Interessen des Verteidigungsbündnisses zu wahren. Dennoch hagelte es aufgrund des tschechischen Alleingangs heftige Kritik sowohl von der NATO selbst als auch von Seiten der EU. Dass Tschechien im US-Konzert nicht die erste Geige spielt, zeigte sich am „Entgegenkommen“ der USA bei der Einreisefrage: Erst vor wenigen Wochen signalisierte Washington hinsichtlich der Visa-freiheit für tschechische Bürger grünes Licht – und das nach langen, zähen Verhandlungen.

Die Tschechische Republik setzt also ihr Verhältnis zur Europäischen Union hier und da aufgrund bilateraler Alleingänge auf internationaler Ebene unnötig schweren Belastungsproben aus. Statt einseitig gestaltete Bündnisse zu schließen, sollte man enge Partnerschaften innerhalb der Europäischen Union eingehen und jene auch intensiv pflegen, da nur so die gesamteuropäische Handlungsfähigkeit gewährleistet werden kann.

Welchen Kurs wird Tschechien in Zukunft in Europa fahren? Die ODS-Fraktion im Europäischen Parlament zumindest

sucht die Nähe zu den britischen Konservativen. Die Pläne, gemeinsam eine neue Fraktion im Europäischen Parlament zu gründen, sind noch lange nicht vom Tisch. Erst kürzlich betonte ausgerechnet der auf dem Europäischen Parkett vor einer Nagelprobe stehende ODS-Parteichef Topolánek die Möglichkeit, dass die ODS nach den Wahlen zum Europäischen Parlament 2009 die EVP-Fraktion verlassen könnte, um mit den britischen Konservativen zusammen neue Wege zu gehen. Welche Auswirkungen dies auf gemeinsame Initiativen in Europa haben könnte, bleibt abzuwarten.

EUROEINFÜHRUNG NICHT VOR 2013

Nicht weniger bezeichnend für die europaskeptische Attitüde der tschechischen Regierung ist ihre Haltung hinsichtlich des Beitritts zur EU-Währungsunion. Zwar befindet man sich in guter Gesellschaft, da u.a. auch die älteren EU-Mitgliedstaaten Großbritannien, Dänemark und Schweden bisher auf den Euro verzichten, dennoch ist die Situation im Falle der Tschechischen Republik etwas differenzierter zu betrachten. Ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal beruht auf der Tatsache, dass der Beitritt zur Eurozone für alle nach 1999 aufgenommenen Staaten ein Teil des europäischen Gesamtpaketes und somit auch für Tschechien verbindlich ist. Obwohl die ehemalige Teilrepublik Slowakei die europäische Einheitswährung bereits zum 1. Januar 2009 einführt, wird in der Tschechischen Republik frühestens 2013 mit einem Beitritt gerechnet.

Obwohl die ehemalige Teilrepublik Slowakei die europäische Einheitswährung bereits zum 1. Januar 2009 einführt, wird in der Tschechischen Republik frühestens 2013 mit einem Beitritt gerechnet.

Trotz Finanzkrise ist das Land mit einem für 2008 erwarteten Wirtschaftswachstum von 4,1 Prozent ökonomisch noch stabil und erfüllt noch alle Beitrittskriterien. Allerdings befürchtet man in Prag durch die Einführung der neuen Währung eine enorme Steigerung der Inflationsrate, die mit 6,9 Prozent (Stand vom Juli 2008) ohnehin schon ein historisches Hoch in der Tschechischen Republik erreicht hat.

Viele Experten halten dieses Argument jedoch für einen Vorwand, da Prag trotz bzw. gerade wegen der guten wirtschaftlichen Situation des Landes momentan nicht ernsthaft an einer Aufnahme in die Währungsunion interessiert ist. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt sicherlich im starken Wechselkurs der Tschechischen Krone. Allein in den letzten zwölf Monaten hatte diese zeitweise eine Kurssteigerung von bis zu

20 Prozent auf die europäische Basiswährung zu verzeichnen. Dies mag zwar für viele Tschechen auf den ersten Blick ein Segen gewesen sein, da Einkäufe in Deutschland sowie Auslandsreisen erheblich günstiger wurden. Die Probleme überwiegen aber massiv: Der stark fluktuierende Wechselkurs der vergangenen Monate hat das tschechische Außenhandelsgeschäft enorm belastet. Viele Exportunternehmen drängen aufgrund enormer Umsatzeinbußen auf ein rasches Handeln der Politik. Der Bankenrat der Tschechischen Nationalbank sah sich Anfang August gezwungen, den Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 3,5 Prozent zu senken – den zum damaligen Zeitpunkt niedrigsten Wert aller EU-Staaten. Inzwischen hat sich der Kurs zwar stabilisiert, dennoch sind nicht wenige Analysten davon überzeugt, dass die Zinssenkung nur eine mittelfristige Kursstabilität hervorrufen wird. Sie raten deshalb nachhaltig zu einem raschen Beitritt zur Eurozone.

Ein möglicher Rückzug von Investoren hätte fatale Konsequenzen für das Land, da die tschechische Wirtschaft stark von Investitionen aus dem Ausland abhängig ist. Als logische Konsequenz wird von einer höheren Arbeitslosenquote und einem geringeren Wirtschaftswachstum ausgegangen werden müssen – ganz unabhängig von den noch zu erwartenden Folgen der Finanzkrise. Das Finanzministerium wäre in einer Rezession vermutlich nicht mehr in der Lage, die Maastricht-Kriterien zu erfüllen. Eine solche Entwicklung könnte die Aufnahme Tschechiens in die europäische Währungsunion auf unbestimmte Zeit verschieben.

Obwohl man sich in Prag über dieses hohe volkswirtschaftliche Risiko im Klaren ist, werden Warnungen von Experten momentan noch weitestgehend ignoriert. Die tschechische

Die tschechische Krone ist für das Land weitaus bedeutender als ein gewöhnliches Zahlungsmittel. Vielmehr wird sie als Symbol für die staatliche Souveränität erachtet. Die Einführung der Euromünze wäre gleichbedeutend mit einem Abbau der nationalen Identität.

Krone ist für das Land weitaus bedeutender als ein gewöhnliches Zahlungsmittel. Vielmehr wird sie als Symbol für die staatliche Souveränität erachtet. Die Einführung der Euromünze wäre aus dieser Perspektive gleichbedeutend mit einem Abbau der nationalen Identität sowie einer steigenden politischen Abhängigkeit von Brüssel. Zudem sehen „eurorealistische“ Stim-

men gerade in den Ausläufern der Finanzkrise einen Beleg für das Festhalten an der tschechischen Krone: Man sei weniger empfindlich für Störungen auf dem internationalen Finanzmarkt, von denen in erster Linie die großen Währungen wie Dollar und Euro in Mitleidenschaft gezogen werden würden.

AUSBLICK: WAS BRINGT DIE TSCHECHISCHE RATSPRÄSIDENTSCHAFT?

Es rumort in der Tschechischen Republik. Die sich zuletzt häufenden kritischen Kommentare des Staatspräsidenten in Richtung EU, seine Reise nach Irland, die offene Ablehnung des Lissabonner Vertrages, seine Bagatellisierung der bevorstehenden Ratspräsidentschaft sind für das Land und die Regierung Topolanek ein beträchtliches Handikap bei der Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Mit Blick auf die zusätzlichen, innenpolitischen und ODS-internen Quereulen ist Mirek Topolanek derzeit nicht zu beneiden. Aber vielleicht ist gerade das seine Chance: Kritiker und Skeptiker gehen schon von vornherein von einem Europapolitischen Fiasco für den 52-jährigen aus. Die eigene Themenagenda wird in der Tat vermutlich aufgrund der Finanzkrise und der ersten Aktivitäten Obamas in den Hintergrund treten, obschon durchaus damit zu rechnen ist, dass eine der tschechischen Prioritäten, nämlich der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien, Realität werden könnte. Lissabon aber ist der Knackpunkt. Und hier sind die Schatten der eigenen Innenpolitik sehr lang: Die Zwischentöne von der Prager Burg könnten die Stimmung in beträchtlichem Maße stören und für Verunsicherung im Parlament sorgen sowie die Regierung auf dem europapolitischen Parkett schwächen. Die Erwartungen sind entsprechend heruntergeschraubt: „Das Kind irgendwie schaukeln“, scheint das Motto zu lauten. Und das wird dem Premierminister zumindest aus organisatorischer Sicht wohl gelingen.

Die zu schlagenden Schlachten aber verheißen ein Vabanquespiel zu werden. Der Parteivorsitz scheint Topolanek zwar derzeit etwas sicherer als noch vor wenigen Wochen, wiedergewählt ist er aber deshalb noch lange nicht. Die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages verspricht eine Angelegenheit von Hängen und Würgen zu werden: Welche Antwort kommt vom Verfassungsgericht? Wie schnell werden dann Parlament und Senat abstimmen können und wollen? Und vor allem: Was macht Klaus? Trotz zahlreicher Bedenken im Senat und Abgeordnetenhaus sieht es derzeit danach aus, als ob zumindest auf Seiten des Parlaments von der Ratifizierung auszugehen ist – ganz unabhängig davon, ob die Verfassung zu ändern wäre oder nicht. Der Ratifizierungsprozess ist da-

Die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages verspricht eine Angelegenheit von Hängen und Würgen zu werden: Welche Antwort kommt vom Verfassungsgericht? Wie schnell werden Parlament und Senat abstimmen? Und vor allem: Was macht Klaus?

mit aber noch lange nicht zu Ende, denn die Komponente Vaclav Klaus und dessen Unterschrift sind derzeit unberechenbar.

Welche Konsequenzen eine Nicht-Ratifizierung bzw. gar ein Scheitern des Reformwerkes während der eigenen Ratspräsidentschaft haben könnte, wird hierzulande wenig diskutiert. Die eigenen Standpunkte stehen im Vordergrund. Es liegt nun auch an den anderen Mitgliedstaaten, weiter verstärkt Überzeugungsarbeit zu leisten, um den Ratifizierungsprozess in Tschechien zu unterstützen und die tschechische Ratspräsidentschaft damit auf einen stabilen Kurs zu bringen.

Das Manuskript wurde am 13. November 2008 abgeschlossen.